

## 03.05.2006 | Pflege

### Bundesregierung: Reform der Pflegeversicherung noch im Jahr 2006

#### *Gesundheit/Antwort*

Die Bundesregierung hat ihre Absicht bekräftigt, noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeversicherung vorzulegen. Zunächst müssten jedoch die Verhandlungsergebnisse über eine Gesundheitsreform abgewartet werden, da "die Systematik der Finanzierung der Pflege der Finanzierung der Krankenversicherung" folge, betont die Regierung in ihrer Antwort (16/1297) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen (16/1212). In die Überlegungen einbezogen würden auch Modelle für einen Finanzausgleich zwischen der sozialen und privaten Pflegeversicherung.

Den Angaben zufolge ist die Zahl der Pflegebedürftigen seit dem Jahr 2000 gestiegen. Demnach bezogen im vergangenen Jahr rund 1,95 Millionen Menschen Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung. Das sind 24.000 Menschen mehr als im Jahr 2004. Im Jahr 2000 waren es laut Regierung noch rund 1,82 Millionen Menschen.

Die Regierung schätzt auf Grundlage der Ergebnisse der Rürup-Kommission, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen in der sozialen Pflegeversicherung auf rund 2,1 Millionen im Jahr 2010, auf rund 2,6 Millionen im Jahr 2020 und auf rund 3,1 Millionen im Jahr 2030 erhöhe.

Einen leichten Anstieg der Pflegebedürftigen habe auch die private Pflegeversicherung verzeichnet: von 107.000 im Jahr 2000 auf 119.000 im Jahr 2004. Zahlen für das Jahr 2005 liegen nach Angaben der Bundesregierung in diesem Bereich noch nicht vor.

Laut Regierung wuchs das Beitragsvolumen in der sozialen Pflegeversicherung im Jahr 2005 um 4,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Das sei maßgeblich auf den seit 1. Januar 2005 erhobenen Kinderlosenzuschlag in Höhe von 0,25 Prozent zurückzuführen, der zu einem geschätzten Einnahmeplus von rund 0,7 Milliarden Euro geführt habe. Weiter heißt es, der Mittelbestand der sozialen Pflegeversicherung habe Ende 2005 rund 3,05 Milliarden Euro betragen, was einer Finanzreserve von etwa zwei Monatsausgaben entspreche.

Ohne die geplante Reform werde der unbedingt notwendige Mittelbestand von einer Monatsausgabe im Jahr 2008 unterschritten, erläutert die Regierung.